

USA UND RUSSLAND ENTWICKELN FRIEDENSPLAN FÜR SYRIEN

Die Außenminister der USA und der Russischen Föderation haben sich am Samstag in Genf auf eine Feuerpause und einen Plan zur Wiederbelebung des Friedensprozesses in Syrien geeinigt. Seit Montag herrscht zwischen der syrischen Armee und den von den USA unterstützten Rebellen für sieben Tage Waffenruhe. Zugleich planen Russland und die USA ein gemeinsames militärisches Vorgehen gegen die Terrorgruppierungen Al-Nusra, Islamischer Staat und Al-Qaida.

„Nach einem siebentägigen Waffenstillstand werden wir ein Implementierungszentrum gründen, in dem Militär- und Geheimdienstvertreter aus Russland sowie den USA praktische Fragen klären werden, also Terroristen von der Opposition trennen“, so der russische Außenminister Sergej Lawrow. Das Ziel der Vereinbarung sind der militärische Zugang zu der notleidenden Bevölkerung in Aleppo und die Einstellung der Kampfhandlungen. „Trotz des Misstrauens und der Versuche, unsere Anstrengungen zu hintertreiben, ist es uns gelungen, ein Paket aus mehreren Dokumenten zu vereinbaren. Derer gibt es fünf. Diese erlauben uns eine effektive Koordination im Kampf gegen den Terrorismus und die Einrichtung von Zugängen zu humanitärer Hilfe für die notleidende Bevölkerung in Aleppo“, erklärte der US-Außenminister John Kerry.

Seit Monaten wartet die Bevölkerung der umkämpften Großstadt Aleppo auf die benötigte Hilfeleistung. Laut der UNO stehen 20 Lastwagen mit Lebensmitteln an der syrisch-türkischen Grenze bereit. Um die Lebensmittel nach Aleppo zu schicken, sei es „absolut notwendig“, Sicherheitsvorkehrungen vorzunehmen, so der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Die Straße von Castello, welche von der türkischen Grenze nach Aleppo führt, unterliegt weiterhin der Kontrolle der syrischen Armee. Laut Staffan de Mistura, dem UN-Sondergesandten für Syrien, nahmen Rebellen die Straße mit Mörsern unter Beschuss. Die Vereinbarung zum Waffenstillstand sieht vor, dass die Straße demilitarisiert wird. Um diese Zielsetzung zu erfüllen, richtete die russische Armee einen Beobachtungspunkt auf der Straße ein.

KOMMENTAR

»Drei kurze Gedanken zum Wochenende«

Von Heino Wiese

Wahlen in Österreich

Was haben die Präsidentschaftswahlen in Österreich und der Berliner Flughafen gemeinsam? Dass die Berliner die Freude haben, weiter den Flughafen Tegel zu nutzen und Österreich weiter von dem großartigen Präsidenten Heinz Fischer repräsentiert wird!

Clinton krank?

Wie krank der Kampf der politischen Parteien in den USA ist, zeigt der kurze Zusammenbruch von Hilary Clinton und die darauffolgenden Reaktionen auf ihre Lungenentzündung in den Medien. Eine Krankheit wird einer Kandidatin nicht verziehen und könnte wohlmöglich die Wahlen entscheiden.

Bayer übernimmt Monsanto

Die Begeisterung des neuen Bayer-Chefs, Werner Baumann, über die Übernahme von Monsanto zeigt die politische Kurzsichtigkeit des Finanzers an der Unternehmensspitze. Zum einen haben die Monsanto-Produkte und die Unternehmenspolitik von Monsanto eine politische Sprengkraft wie ein AKW (die Bayer-Aktionäre können sich ja mal die Erfahrungen von Herrn Teysen und E.ON anhören), außerdem gibt es bislang eher unschöne Erfahrungen mit unternehmerischem Engagement deutscher Großunternehmen in den USA (Daimler, ThyssenKrupp, Siemens, Deutsche Bank, VW...).

BUNTES AUS BERLIN

GREEN MARKET BERLIN – HERBSTEDITION

An diesem Wochenende findet am Agora Rollberg (Alte Kindl Brauerei, Am Sudhaus 2, 12053 Berlin) die Herbstversion des veganen Green Markets statt.

Vor allem gutes, regionales und nachhaltiges Essen steht im Fokus des Marktes.

Darüber hinaus gibt es jedoch eine Palette an weiteren veganen Produkten, beispielsweise Kosmetik. Beim Green Market geht es um einen gesunden und ökologisch bewussten Lebensstil ohne das Gefühl von Verzicht, dafür aber mit mehr Spaß.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:
Alice Greschkw, Evgenia Laznik
Telefon 030.810588811
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkw, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



INSIDER

GLOBALISIERUNG POLITISCH GESTALTEN



Von Andreas Lämmel, Obmann der Fraktion CDU/CSU im Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Bundestag

Die Freihandelsabkommen CETA und TTIP bieten wirtschaftliche Chancen, entwickeln moderne Handelsregeln und schützen zugleich europäische Standards. Auch brauchen wir Freihandel, um unseren hohen Lebensstandard zu halten. Deshalb können wir froh sein, dass die CETA-Verhandlungen nun abgeschlossen sind. Nach der vorausgerichtlichen Unterzeichnung beim EU-Kanada-Gipfel im Oktober 2016, wird das Abkommen in das Ratifizierungsverfahren gehen.

Von der Opposition oft geäußerte Befürchtungen zu negativen Folgen des Abkommens konnten in der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Wesentlichen entkräftet werden. Unverständlich bleibt daher, warum die Gewerkschaften nach wie vor lautstark Kampagnen gegen die Freihandelsabkommen initiieren.

CETA ist in den vergangenen Wochen weiter verbessert worden. Beispielsweise ist es gelungen, den Schlichtungsmechanismus für Investitionsstreitigkeiten zu

reformieren. Schiedsgerichte werden in einen öffentlichen Gerichtshof überführt. Auch die Sorge, CETA könne in undemokratischer Weise beschlossen werden, ist nicht zutreffend. Die EU-Kommission hat CETA als gemischtes Abkommen eingestuft. Damit wird es nach Unterzeichnung einen umfassenden Ratifikationsprozess sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der nationalen Parlamente geben. Ein breiter Diskurs im Deutschen Bundestag ist also möglich und eine umfassende demokratische Kontrolle garantiert.

Die EU vereinbart in der Regel mit dem Vertragspartner die vorläufige Anwendung eines Freihandelsabkommens. Dann treten alle Vertragsbestandteile, die in der ausschließlichen Zuständigkeit der EU liegen, in Kraft, nachdem der Rat der EU und das Europäische Parlament zugestimmt haben. Auch das ist kein Novum, sondern gängige Praxis.

TTIP ist ebenso ein wichtiges Abkommen. Ob die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, werden die kommenden Wochen zeigen. Die gemeinsame Handelspolitik der EU macht Europa international stark.

Wie jedoch soll die Europäische Union als glaubwürdiger Partner infrage kommen, wenn Verhandlungen nicht abgeschlossen werden? Deshalb ist dem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel nur zu raten, nicht frühzeitig die Flinte ins Korn zu werfen. Seine Aufgabe ist es, Motor zu sein und Entwicklungen voranzutreiben. Denn CETA und TTIP ermöglichen uns, auch im 21. Jahrhundert die Welthandelsordnung in unserem Sinne zu gestalten. Es wäre ein globalpolitisches Fiasko, wenn die Verhandlungen ohne Abkommen beendet würden.

BÜRGERINITIATIVE "STOPP TTIP" IM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF DISKUTIERT

Eigentlich ist es in der Theorie gar nicht so schwer eine europäische Bürgerinitiative zu gründen, um eine Reaktion der Europäischen Kommission auf ein bestimmtes Anliegen zu erhalten: zunächst bedarf es einen Bürgerausschuss, der aus mindestens sieben volljährigen, wahlberechtigten Mitgliedern aus sieben europäischen EU-Staaten besteht. Daraufhin muss man sich Unterstützer suchen. Hat man mehr als eine Million Unterschriften gesammelt, empfängt die Europäische Kommission die Organisatoren der Bürgerinitiative. Das Anliegen darf in einer öffentlichen Anhörung vorgetragen werden, um die Autoritäten zu einem Rechtsakt aufzufordern, woraufhin die Kommission eine formelle Antwort formuliert. Dieses Instrument soll direkte Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene ermöglichen.

Bei der Initiative „Stopp TTIP“ kam es allerdings nicht so weit – 2014 verweigerte die Kommission die Registrierung. Der Fall landete infolgedessen jetzt beim Europäischen Gerichtshof. Dieser soll beraten, wer Recht behält – die Initiatoren, die behaupten, dass alle formalen Kriterien erfüllt worden, oder die Kommission. Aus Sicht der Kommission ist der Gegenstand der Bürgerinitiative jedoch so weitreichend und fundamental, dass sie den Rahmen überschreitet, in dem ein Rechtsakt vorgeschlagen werden könne. Die Verhandlungsprozesse würden keine Rechtsakte, sondern Vorbereitungsakte betreffen. Das Bündnis „Stopp TTIP“ hatte das Ziel, eine Empfehlung für den Abbruch der Verhandlungen der Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu bewirken und mobilisiert weiterhin Mitstreiter.

JUNCKER: MEHR INVESTITIONEN FÜR DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT

Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker kündigte in seiner Grundsatzrede zur Lage Europas an, das Volumen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) von 315 auf 630 Milliarden Euro bis 2022 zu verdoppeln. Europa befände sich in einer „existenziellen Krise“ und dies sei auch mit der andauernden Wirtschaftskrise verbunden. Die EFISI-Mittel seien besonders wichtig, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Situation hat sich im Allgemeinen seit dem Höhepunkt der Krise leicht verbessert: Griechenland und Spanien, die im Frühsommer 2013 mit einer Arbeitslosenquote von 28% bzw. 26% zu kämpfen

hatten, konnten leichte Verbesserungen erzielen: Mittlerweile seien 24% bzw. 20% arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin eine große Herausforderung. Die Hälfte der jungen Menschen von 18 bis 24 sind langfristig ohne Beschäftigung. Juncker äußerte sich dazu: „Ich werde nicht akzeptieren, dass die Generation Y die erste Generation seit 70 Jahren sein könnte, die ärmer ist als ihre Eltern.“

Der Kommissionspräsident plant durch einen kleinen Anteil öffentlicher Gelder, private Investitionen zu stimulieren. Die genauen Umsetzungsmöglichkeiten seines Investitionsplans seien bisher jedoch nicht vollkommen geklärt.

EURO-SKEPTIKER WOLLEN GOLDWÄHRUNG

Thomas Meyer, der ehemalige Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, fordert gemeinsam mit Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandel, und Ulrich van Suntum, Professor an der Uni Münster, die Einführung eines Gold-Euro. Die Volkswirte betrachten die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank kritisch und sehen eine Goldwährung als alternatives Geldaufbewahrungsmittel. Sie befürchten eine unkontrollierte Inflation und eine Zerschlagung der europäischen Währungsgemeinschaft. Der Idee zufolge würden Münzen

daher etwa ein Gramm Gold beinhalten, wer die Währung in digitaler Form bezieht, hätte als Sicherheit Anspruch auf diesen Goldanteil pro Einheit.

Anderer Ökonomen hingegen kritisieren den Vorschlag – eine Goldwährung würde anstatt mehr Stabilität, zusätzliche Unsicherheit bieten. Sowohl die große Volatilität des Goldpreises, als auch die leichte Möglichkeit der Manipulation durch Kartelle seien Kritikpunkte, die ein zu großes Risiko darstellen würden. Ferner sei eine Deflation ein größere Bedrohung für die Eurozone.



AMAZONS ZAUBERZYLINDER KOMMT

Ab Oktober wird der zylinderförmige Lautsprecher von Amazon, der mit dem WLAN angeschlossen werden kann, auch in Europa erhältlich sein. In den USA wurden mittlerweile über drei Millionen Geräte verkauft. Amazon Echo heißt das Produkt, das mit der Sprachsoftware Alexa bedient wird. Amazon Echo kann auf Befehl Musik abspielen, Wettervoraussagen abrufen, Notizen zu To-Do-Listen sortieren und Wikipedia-Einträge durchforsten.

Für Menschen, die einen Haushaltscomputer in ihrem Heim haben, übernimmt Amazon Echo die Steuerung. So kann

beispielsweise das Licht gedimmt oder das Thermostat per Sprachbefehl reguliert werden.

Große Bedenken gibt es jedoch bezüglich des Datenschutzes. Die Kritik richtet sich an das Assistenzsystem Alexa. Dieses wird bei der Erwähnung des Namens aktiviert, folglich bestünde das Risiko, dass ganze Konversationen aufgezeichnet und abgefangen werden können. Amazon betont, dass die Funktion manuell abgeschaltet werden kann, sowie dass Befehle, die an den Server gerichtet werden, vollständig gelöscht werden können.

PERSONALIEN

ANDA BERÄT RHEINLAND-PFÄLZISCHE LANDESREGIERUNG ZU FLUGHAFEN FRANKFURT-HAHN

Der frühere Regierungssprecher Béla Anda (53) soll mit seiner Agentur Anda Bremer Communications (ABC) die Landesregierung Rheinland-Pfalz von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) in der Kommunikation zum Flughafen Frankfurt-Hahn beraten. Das teilte die Regierungssprecherin Andrea Bähler am 8. September mit. Anda hat die Beratungsagentur ABC zum 1. Juni gegründet, Mitgesellschafter sind die Rechtsanwältin Henrik Bremer und Sebastian Melz. Der Flughafen Frankfurt-Hahn ist verschuldet, der Verkauf an einen chinesischen Investor war zuletzt gescheitert.

EUROPAABGEORDNETER GROOTE WIRD LANDRAT DES KREISES LEER

Der Europaabgeordnete Matthias Groote (42, SPD) ist am 11. September zum neuen Landrat des niedersächsischen Landkreises Leer gewählt worden. Er konnte 56,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und erreichte damit die erforderliche absolute Mehrheit. Groote übernimmt das Amt zum 1. November von Bernhard Bramlage (SPD), der das Amt seit 15 Jahren innehatte und im Herbst in den Ruhestand tritt. Bei der Landratswahl 2014 hatte sich Bramlage nur noch für eine Amtszeit von zwei Jahren zur Verfügung gestellt.

GEMEINSAME KONFERENZ DES BMUB UND DES BBSR ZU QUARTIERSMANAGEMENT

Am 20. September findet ab 11 Uhr die Konferenz des Bundesbauministeriums und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) zum Thema „Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt“ statt. Bundesbauministerin Barbara Hendricks, der Projektleiterin im Arbeitsfeld Sozialräumliche Arbeit und Solidaritätsinitiative beim Deutschen Caritasverband Karin Vorhoff und der Leiterin des Teams Quartiersentwicklung bei der Gewobag Alte Börse Marzahn werden u.a. bei der Veranstaltung dabei sein. Eine Anmeldung ist erforderlich. Adresse: Zur Alten Börse 59, 12681 Berlin.

WORTE DER WOCHE

»Dass man über ein Thema, das alle umtreibt, nicht mal reden kann, weil die Koalitionen so weit auseinander sind, das ist ein Armutszeugnis.«

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt kritisiert in der ARD, dass die Flüchtlingspolitik bei Gipfel am Sonntag ausgeklammert wurde.

»Viele Unternehmen denken darüber nach, ihre Geschäfte in Berlin zu erweitern oder dorthin zu verlagern [...] Mit dem neuen Büro wollen wir diese Unternehmen vor Ort in London über Berlin und unsere Wirtschaftsfördermöglichkeiten informieren.«

Berlins Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) bei der Eröffnung der Berliner Wirtschaftsrepräsentanz in London.

»Wir sind der Auffassung, dass die Grundversorgung auch von einer Fernsehanstalt geleistet werden könnte.«

Der CSU-Parteichef Horst Seehofer setzt sich für die Zusammenlegung von ARD und ZDF ein, stabil zu halten.

»Ich denke, es ist an der Zeit, sich in Europa nach vorne auf eine europäische Verteidigungsunion hinzubewegen.«

Ursula von der Leyen (CDU), Bundesverteidigungsministerin, hält eine stärkere militärische Zusammenarbeit in der EU für sinnvoll.

»Die USA haben ihre Präsenz reduziert, ohne eine Aufgabe gelöst zu haben. Im Gegensatz: Sie verursachen sogar neue Probleme. [...] Sie haben sowohl politisch als auch moralisch die Verantwortung dafür zu tragen, was jetzt in Afghanistan vorgeht.«

Samir Kabulow, Ressortleiter Asien-Abteilung des russischen Außenministeriums und Afghanistan-Beauftragter von Präsident Wladimir Putin, macht die Vereinigten Staaten von Amerika für die sich verschlechternde Situation in Afghanistan verantwortlich.

»Diese Sondereinheiten müssen fort. Ich will keinen Streit mit den USA, aber sie müssen gehen.«

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte ordnet den Abzug der US-Militärberater aus den Konfliktgebieten im Süden des Landes.

»In den letzten 30 Jahren hatten wir wirtschaftliches Wachstum und trotzdem sind Arbeitslosigkeit und Ungleichheit schlimmer geworden.«

Graeme Maxton, Zukunftsforscher, bei der Vorstellung des neuen Berichts an den Club of Rome.

»Die Europäische Union ist zur Zeit nicht in Top-Form. [...] Europa ist nicht sozial genug. Das müssen wir ändern.«

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seiner Rede im Europäischen Parlament.

TERMINE

19.9. AMERICAN ACADEMY ZU DEN US-WAHLEN

Vortragsveranstaltung der American Academy in Berlin zum Thema „The Angry Voter: Discontent in the American Electorate“, u.a. mit dem Präsidenten von YouGov/Polimetrix Prof. Douglas Rivers. Beginn: 19:30 Uhr. American Academy in Berlin, Am Sandwerder 17-19, 14109 Berlin (Anmeldung erforderlich)

19.9. BÖLL-STIFTUNG ZUR GREEN ECONOMY

Buchvorstellung der Heinrich-Böll-Stiftung zu Thomas Fatheuers, Barbara Unmüßigs und Lili Fuhrs „Inside the Green Economy – Promises and Pitfalls“, u.a. mit dem Umweltökonom Tim Jackson, Gerhard Schick MdB (Bündnis 90/Die Grünen) und dem Vorstandsmitglied der Böll-Stiftung Barbara Unmüßig. Beginn: 19:30 Uhr. Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

20.9. EUROPÄISCHE AKADEMIE ZUR DEUTSCHEN UND POLNISCHEN EUROPAPOLITIK

Tagung der Europäischen Akademie Berlin und der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan zum Thema "WERTE WERTE! Argumente, Gegenargumente und Handlungsoptionen in der deutschen und polnischen Europapolitik", u.a. mit der Leiterin European Programme am Institute of Public Affairs Warschau Agnieszka Lada, dem Direktor des Europäischen Solidarnosc-Zentrum Danzig Basil Kerski und der Berliner Europaabgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann (SPD). Die Veranstaltung beginnt um 16:00 Uhr in der Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Die Akademie endet am 22.09., eine Anmeldung ist erforderlich).